

Menschen mit Behinderungen in München

Erkenntnisse aus der Befragung zur sozialen Lage

Texte, Tabellen und Grafiken: **Boris Kuhn und Michaela-Christine Zeller**

Anlass und Ziel der Befragung

Das Sozialreferat wurde 2022 vom Stadtrat beauftragt, zukünftig regelmäßig alle vier Jahre eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zur sozialen Lage in München durchzuführen.

Die Inhalte der Befragung orientieren sich an den Handlungsfeldern der Leitlinie Soziales, die sich auch im Armutsbericht und der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) wiederfinden und mit den Zielen des Integrationskonzepts decken:

- Materielle Teilhabe
- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene und Familien stärken
- Versorgung und Teilhabe im Alter

Die Themenfelder Wohnen und Stadtteilentwicklung sowie Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation der Leitlinie Soziales wurden – zumindest für die erste Befragung – ausgeklammert, da hierzu zahlreiche Daten in der Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung erhoben werden und eine Doppelung der Fragestellungen weder inhaltlich noch ökonomisch sinnvoll erscheint.

Zu Menschen mit Behinderungen liegen nur sehr wenige aussagekräftige Daten vor. Zu den Aufgaben des Sozialreferates / Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK gehört ein Monitoring, das die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Landeshauptstadt München in den verschiedenen Handlungsfeldern des Aktionsplans abbildet. In diesem Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Befragung in Bezug auf Menschen mit Behinderungen vorgestellt.

Durchführung der Befragung und Rücklauf

Fragebogen

In der Befragung wurden die Münchner*innen zu sozioökonomischen Merkmalen, zu ihrer gesellschaftlichen Teilhabe in unterschiedlichen Bereichen und zu ihren Einschätzungen und Meinungen in Bezug auf einige Themen befragt. Der Fragebogen umfasste 67 Fragen und wurde in elf Fremdsprachen, in Leichte Sprache und erstmalig auch in Deutsche Gebärdensprache übersetzt. Alternativ zum Papierfragebogen konnten die Fragen auch im Internet beantwortet werden.

Stichprobe

Zielgruppe der Befragung waren alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz in München haben und zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung mindestens 16 Jahre alt waren. Aus den für diesen Zweck freigegebenen Daten des Kreisverwaltungsreferates wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe von 25 000 Personen gezogen. Sie wurden im Mai 2023 postalisch angeschrieben.

Rücklauf

Drei Prozent der Fragebögen waren postalisch nicht zustellbar. Insgesamt haben 4 251 Personen an der Befragung teilgenommen, was einem Rücklauf von 18 % entspricht. Dabei nahmen mehr Frauen (56 %) als Männer (44 %) an der Befragung teil. Der Anteil der nichtdeutschen Befragten liegt bei 11 %, der Anteil der deutschen Befragten mit Migrationshintergrund bei 12 %; 77 % der Befragten sind Deutsche ohne Migrationshintergrund. Ältere Menschen und Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sind in der realisierten Stichprobe überrepräsentiert. Diese Effekte sind für kommunale Bürgerbefragungen typisch, und entsprechen somit in etwa den Ergebnissen vergleichbarer Umfragen.

Auf eine nachträgliche Gewichtung (sog. „Redressment“) zum Angleichen der realisierten Ergebnisse an die Randverteilung in der Bevölkerung wird verzichtet, u.a. weil sie methodisch diskutabel ist, da speziell bei stark unterrepräsentierten Teilgruppen die Ausgleichsgewichte sehr hoch sein können. Der Aussagewert für diese Gruppen ist dabei oft zweifelhaft und durch die Gewichtung wird diese Verzerrung nur verstärkt. Der Analyseschwerpunkt dieser Befragung liegt weniger auf der Generierung globaler, aggregierter Einzelkennwerte, sondern auf der Detailanalyse der Unterschiede und Zusammenhänge der einzelnen Themen und Gruppen.

Begriff der Behinderung

Das Verständnis von Behinderung hat sich weg von einem rein medizinischen Verständnis gewandelt. In der UN-Behindertenrechtskonvention wird sie als Teilhabe-Hinderung verstanden, die durch ein Zusammenspiel aus persönlichen Beeinträchtigungen und Barrieren der Umwelt entsteht. In der deutschen Rechtsprechung wurde dieses Verständnis im Behindertengleichstellungsgesetz und im Sozialgesetzbuch Neuntes Buch übernommen. Die amtlich festgestellte Schwerbehinderung ist damit nicht gleichzusetzen.

Für das neue Behinderungsverständnis gibt es keinen offiziellen Nachweis. Als pragmatischer Ansatz wurde in der Befragung daher auf eine Selbsteinschätzung der Befragten gesetzt. Die Definition einer vorliegenden Behinderung erfolgte über die Frage „Sind Sie durch eine Krankheit, Behinderung oder psychische Beeinträchtigung bei Ihren alltäglichen Tätigkeiten eingeschränkt? (über eine Dauer von mindestens einem halben Jahr)“.

Befragte, die angaben, nicht oder kaum beeinträchtigt zu sein, wurden als Menschen ohne Behinderungen eingestuft. Befragte, die sich mäßig, stark oder sehr stark in ihren alltäglichen Tätigkeiten eingeschränkt sehen, sind als Menschen mit Behinderungen eingestuft. Insgesamt handelt es sich nach dieser Definition bei 19 % der Befragten um Menschen mit Behinderungen.

Nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten mit selbsteingeschätzten Behinderungen gaben an, einen Schwerbehindertenausweis zu haben. Von allen Befragten sind es 6 %. Dagegen leiden 12 % aller Befragten unter Behinderungen, ohne über einen Schwerbehindertenausweis zu verfügen. Allerdings haben auch

Table 1: „Haben Sie einen Schwerbehindertenausweis?“

	Schwerbehindertenausweis	
	ja	nein
mit selbsteingeschätzten Behinderungen	6 %	12 %
ohne selbsteingeschätzte Behinderungen	3 %	79 %

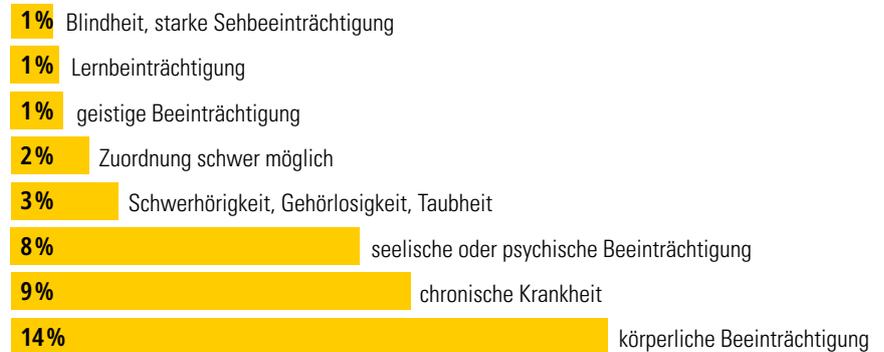
einige der Personen, die nicht oder kaum in ihren alltäglichen Tätigkeiten eingeschränkt sind, einen Schwerbehindertenausweis. Von allen Befragten sind es 3%. Der Rest der Befragten (79%) hat weder einen Schwerbehindertenausweis noch Behinderungen nach der in der Befragung verwendeten Definition.

Es zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen dem Vorliegen einer Behinderung und dem Alter der Befragten. 72% der Personen, die dauerhaft im Alltag eingeschränkt sind, sind mindestens 50 Jahre alt, bei den Personen ohne Behinderungen sind es nur 46%.

Bei 42% der über 75-Jährigen liegen Behinderungen vor, bei den 35- bis 49-Jährigen trifft dies nur auf 10% der Befragten zu. Dabei handelt es sich überwiegend um körperliche Beeinträchtigungen, gefolgt von chronischen Krankheiten und seelischen oder psychischen Beeinträchtigungen.

Grafik 1: „Welche Beeinträchtigung trifft auf Sie zu?“

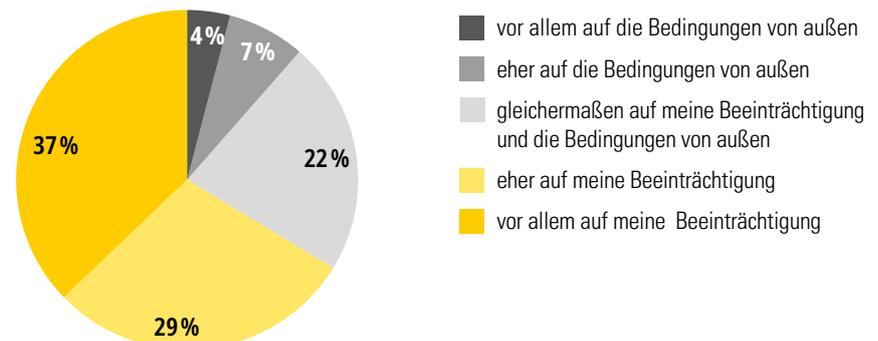
Anteil der Beeinträchtigungen an allen Befragten, Mehrfachnennungen möglich



Auf den ersten Blick erstaunt die Einschätzung der Befragten mit Behinderungen, dass ihre Einschränkungen im Alltag vor allem auf ihre Beeinträchtigung und nicht auf die äußeren Bedingungen zurückzuführen sind.

Vor allem ältere Befragte mit Behinderungen (ab 65 Jahren) führen ihre Einschränkungen im Alltag auf ihre persönliche Beeinträchtigung zurück, während jüngere Befragte mit Behinderungen ihre Probleme gleichermaßen auf ihre Beeinträchtigung und die Umweltbedingungen zurückführen.

Grafik 2: „Bitte geben Sie an, ob die Einschränkungen in Ihrem Alltag eher auf ihre persönliche Beeinträchtigung oder die Bedingungen von außen zurückzuführen sind.“



Ergebnisse

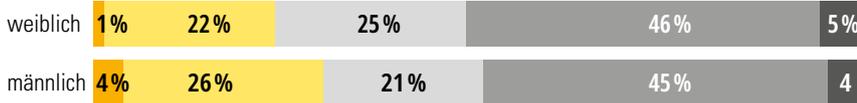
Ausbildung und Arbeit

Menschen mit Behinderungen haben im Durchschnitt niedrigere Schulabschlüsse als nichtbehinderte Personen. 24 % von ihnen haben einen (qualifizierenden) Volks-, Haupt- oder Mittelschulabschluss im Vergleich zu 9 % der Menschen ohne Behinderungen. Über die Mittlere Reife oder vergleichbare Abschlüsse verfügen 23 % (15 % der Nichtbehinderten) und über das (Fach-)Abitur 46 % der befragten Menschen mit Behinderungen (72 % der Menschen ohne Behinderungen).

Dabei gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Männer mit und ohne Behinderungen verfügen häufiger über keinen Abschluss, einen Förderschulabschluss oder einen (qualifizierenden) Volks-/ Haupt- oder Mittelschulabschluss, Frauen mit und ohne Behinderungen dagegen häufiger über die Mittlere Reife oder einen vergleichbaren Abschluss.

Grafik 3: „Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie?“

mit Behinderungen

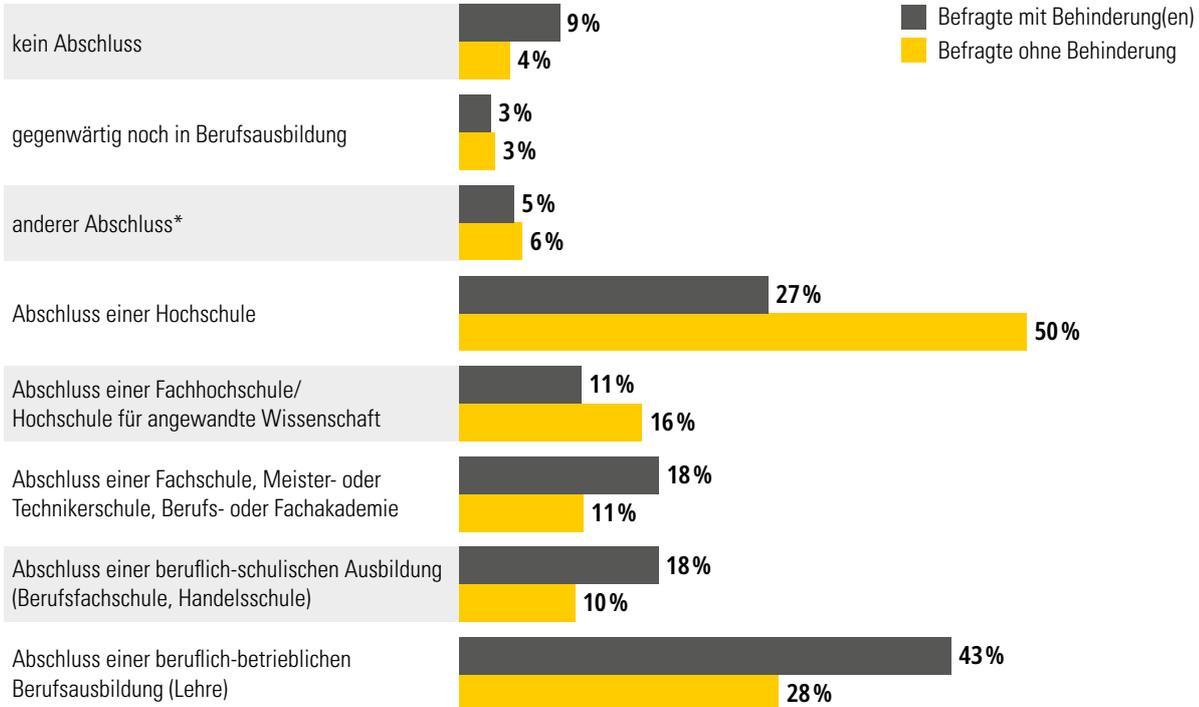


ohne Behinderungen



- Förderschulabschluss, ohne Abschluss
- (qualifizierender) Volks-/Haupt-/Mittelschulabschluss
- Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife, Polytechnische Oberschule
- (Fach-)Abitur, (Fach-)Hochschulreife, Erweiterte Oberschule
- Sonstiges

Grafik 4: „Welchen beruflichen Ausbildungsabschluss haben Sie?“



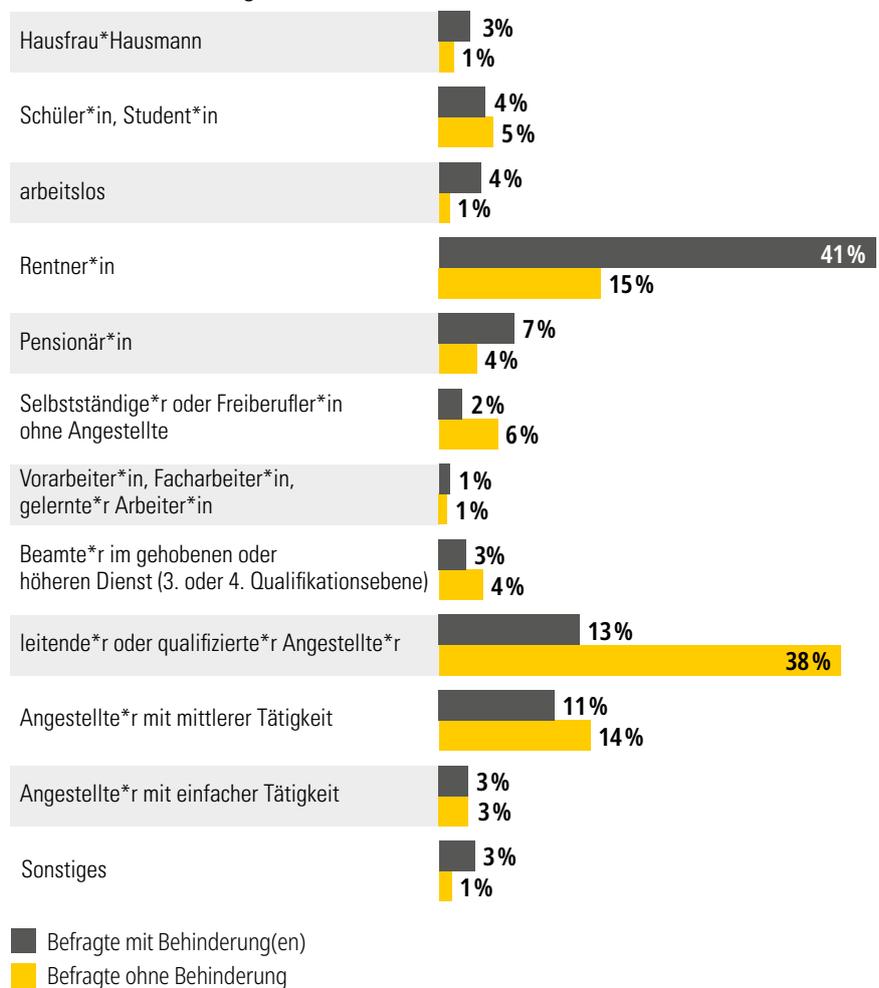
Bei den Ausbildungsabschlüssen verfügt der Großteil der Befragten mit Behinderungen über eine beruflich-betriebliche oder beruflich-schulische Ausbildung. Nur ca. ein Drittel von ihnen (im Vergleich zur Hälfte der Befragten ohne Behinderungen) hat ein Hochschulstudium absolviert.

Hier ist zu bedenken, dass die Befragten mit Behinderungen im Mittel älter sind als jene ohne Behinderungen und ihre schulische und berufliche Ausbildung zu einer Zeit gemacht haben, in der ein geringerer Anteil eines Jahrgangs das Abitur absolvierte und studierte.

Umgekehrt ist die unterschiedliche Belastung insbesondere durch körperliche Arbeit sicher ein Aspekt, der zu im Laufe des (Berufs-)Lebens erworbenen Behinderungen geführt hat.

Während fast die Hälfte der Befragten mit Behinderungen bereits in Rente oder Pension ist, arbeitet der Großteil der Befragten ohne Behinderungen in leitender oder mittlerer Angestelltentätigkeit.

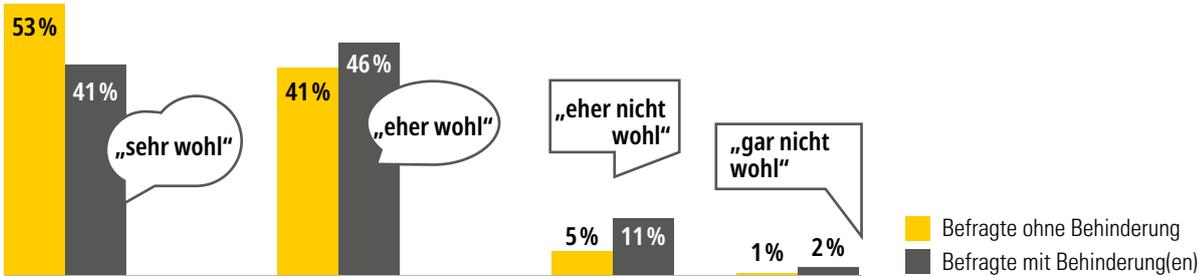
Grafik 5: „Welche Tätigkeit üben Sie momentan überwiegend aus?“
(Nur eine Antwort möglich)



Lebenszufriedenheit

Schon bei der Frage, „Wie wohl fühlen Sie sich alles in allem in München?“, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen. Während 53% der Befragten ohne Behinderungen angeben, sich in München sehr wohlzufühlen, sind dies bei den Befragten mit Behinderungen nur 41%.

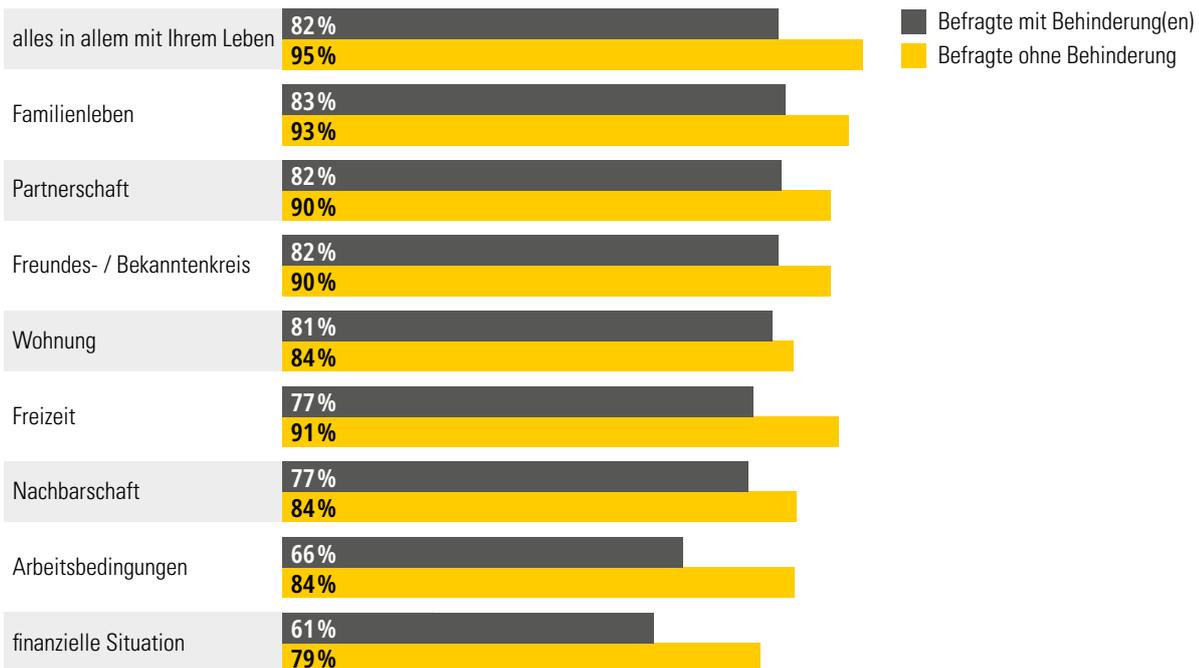
Grafik 6: „Wie wohl fühlen Sie sich alles in allem in München?“



Auch in Hinblick auf die Zufriedenheit mit unterschiedlichen Bereichen des eigenen Lebens zeigen sich Befragte mit Behinderungen deutlich unzufriedener als Befragte ohne Beeinträchtigungen. Besonders hoch ist hier die Diskrepanz bei den Bereichen finanzielle Situation (18 Prozentpunkte), Arbeitsbedingungen (18 Prozentpunkte) und Freizeit (14 Prozentpunkte). Beim Thema Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen handelt es sich jedoch – 48% der Befragten mit Behinderungen sind bereits in Rente / Pension – um relativ wenige Fälle.

Auch im sozialen Bereich sind die Unterschiede auffallend: Beim Familienleben und in der Partnerschaft, beim Freundeskreis und in der Nachbarschaft treten jeweils sieben bis zehn Prozentpunkte Unterschied auf. Rund ein Fünftel der Menschen mit Behinderungen ist mit der Situation in diesen Bereichen mehr oder weniger unzufrieden.

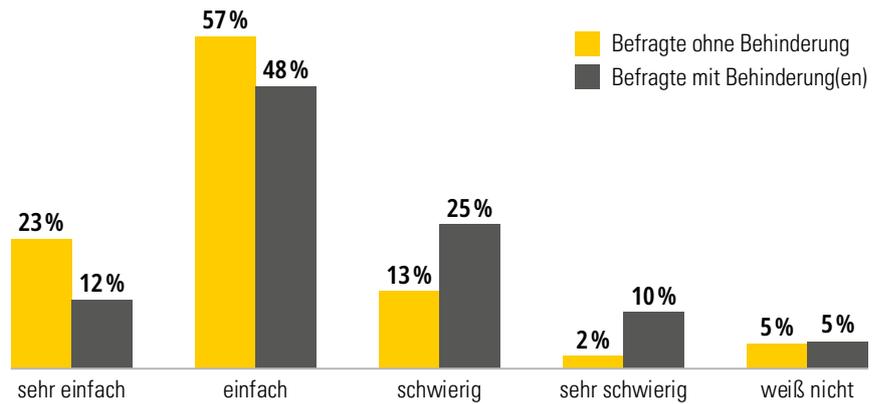
Grafik 7: „Wie zufrieden sind Sie zur Zeit mit folgenden Bereichen Ihres Lebens?“ (Hier: „Eher zufrieden“ / „sehr zufrieden“)



Soziales Netz

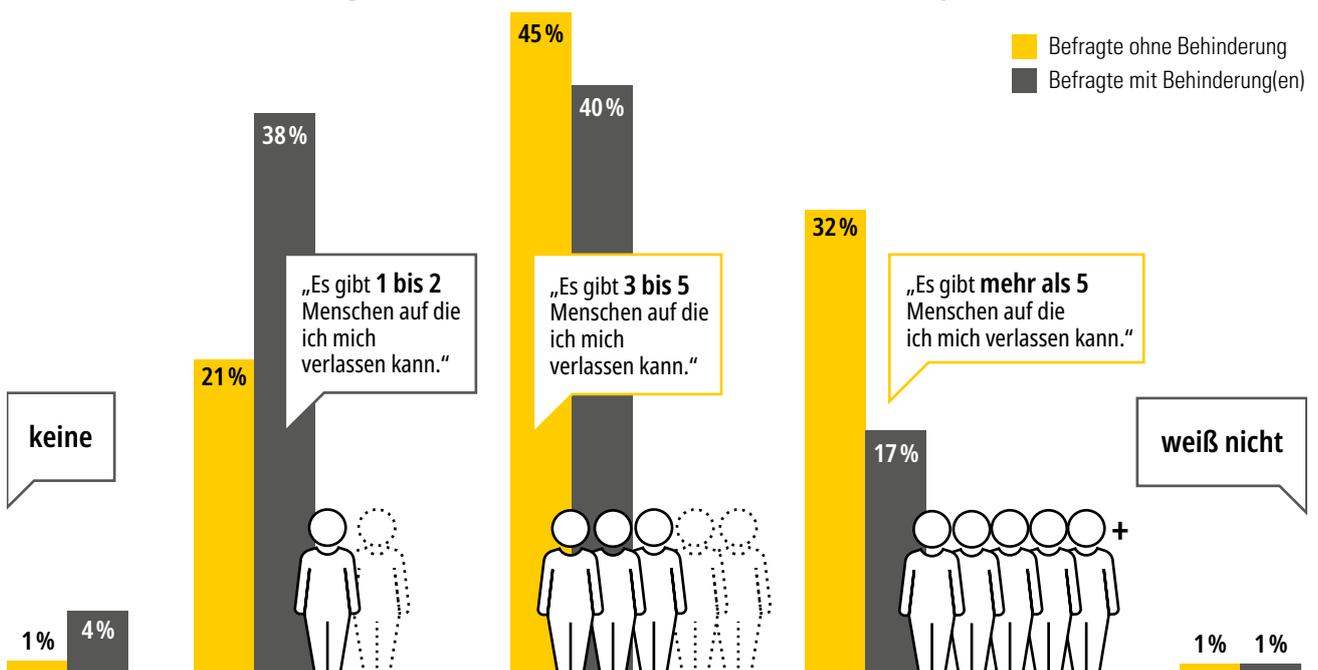
Es ist davon auszugehen, dass die eigenen sozialen Netze ein wichtiger Faktor für die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben sind. Um zu ermitteln, ob die Befragten in soziale Netze eingebunden sind, wurde einerseits nach ihrer Möglichkeit gefragt, wenn nötig Hilfe zu erhalten. Für 15 % der Befragten ohne Behinderungen und 35 % der Befragten mit Behinderungen ist es schwierig bis sehr schwierig, praktische Hilfe von anderen Personen zu erhalten, wenn sie diese benötigen.

Grafik 8: „Wie einfach ist es für Sie, praktische Hilfe von anderen Personen zu erhalten, wenn Sie diese benötigen?“



Bei der zweiten Frage zum sozialen Netz ging es um das Vorhandensein von Personen, an die man sich mit persönlichen Problemen wenden kann. Befragte mit Behinderungen haben im Schnitt weniger Personen, auf die sie sich verlassen können. Vier Prozent der Befragten mit Behinderungen geben an, keine derartige Person zu haben; bei den Befragten ohne Behinderungen trifft dies nur auf ein Prozent zu. Auch gibt ein deutlich höherer Anteil der Befragten mit Behinderungen (38 %) als derer ohne Behinderungen (21 %) an, nur ein bis zwei Personen zu haben, auf die sie sich verlassen können.

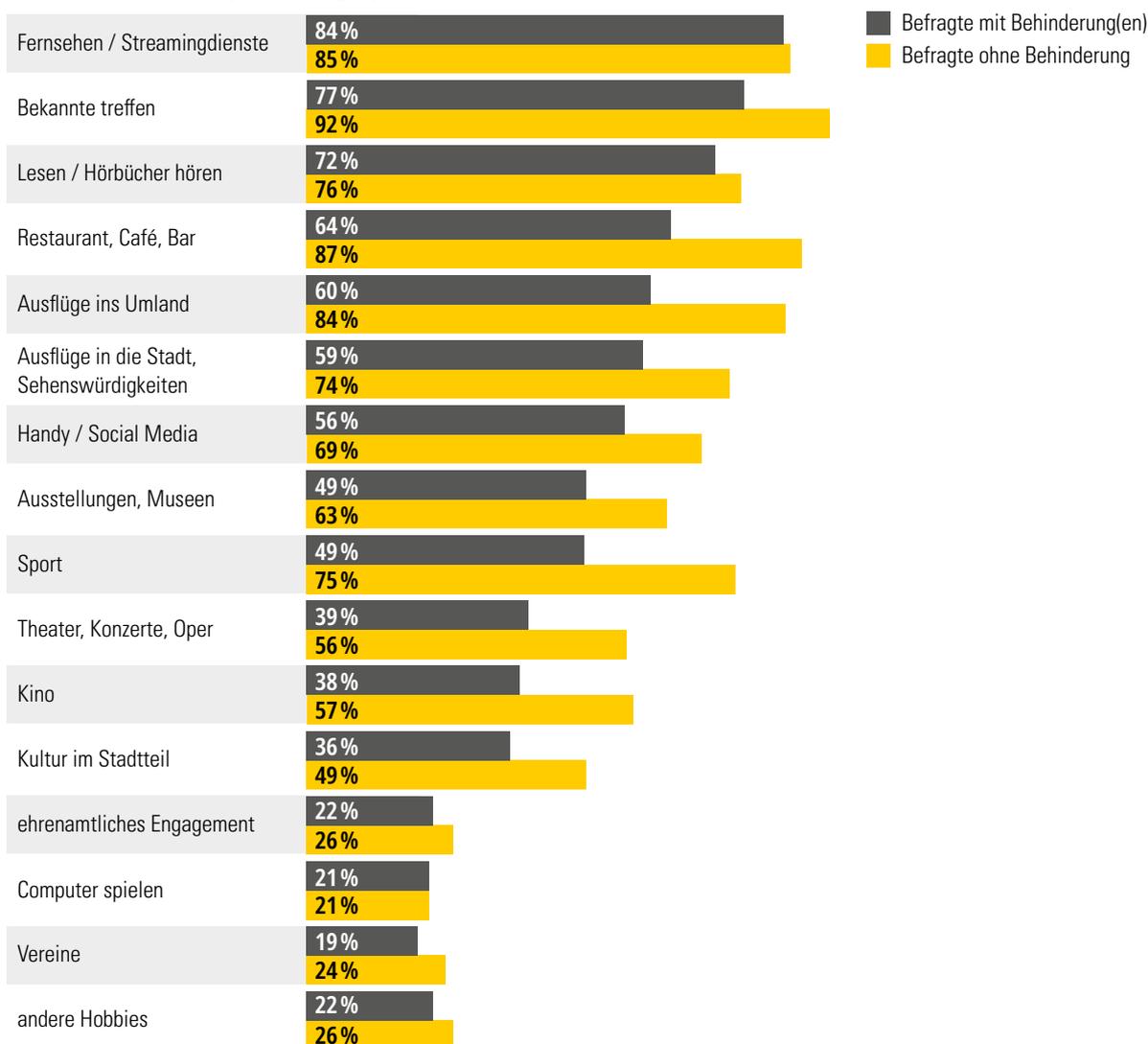
Grafik 9: „Wie viele Menschen gibt es, auf die Sie sich verlassen können, wenn Sie persönliche Probleme haben?“



Freizeit und gesellschaftliche Teilhabe

Ein weiterer Punkt, der zur Lebenszufriedenheit beiträgt, ist die Möglichkeit, das Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten, einen Ausgleich zum Arbeitsalltag zu haben und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Daher wurde erhoben, was die Befragten in ihrer Freizeit gerne tun und woran es liegt, wenn das nicht der Fall ist.

Grafik 10: „Tun Sie folgende Dinge gerne in Ihrer Freizeit?“ (Hier nur „Ja“)



Vor allem bei den außerhäuslichen Aktivitäten ist eine deutliche Diskrepanz zwischen Befragten mit und ohne Behinderungen zu sehen. Sie beträgt beim Sport 26 Prozentpunkte, bei Ausflügen in das Umland 24 Prozentpunkte und bei unterschiedlichen kulturellen Unternehmungen (Kino, Theater, Konzerte, Museen) zwischen 14 und 20 Prozentpunkte.

Nach den Gründen für ein Verneinen dieser Frage zeigen sich große Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen. Liegt der Ablehnungsgrund bei nichtbehinderten Personen hauptsächlich im mangelnden Interesse oder in der mangelnden Zeit, wird von Befragten mit Behinderungen viel häufiger angegeben, sie könnten sich diese Aktivität nicht leisten oder sie hätten keine Begleitung. So geben 33 % der Befragten mit Behinderungen an, sich Ausflüge ins Umland nicht leisten zu können, bei den Befragten ohne Behinderungen sind dies nur 16 %. Überraschend ist, dass die mangelnde Barrierefreiheit und das Fehlen einer Assistenz dagegen eine untergeordnete Rolle spielen.

Bekanntheit und Nutzung sozialer Angebote

In der Landeshauptstadt München gibt es eine Vielzahl von sozialen Unterstützungs- und Beratungsangeboten für die Bevölkerung. Hier ist für die Verwaltung von Interesse, inwieweit diese bei der Bevölkerung bekannt sind und auch genutzt werden. Daraus kann geschlossen werden, für welche Bevölkerungsgruppen weitere Informationen dazu zur Verfügung gestellt werden sollten. Im Rahmen der Befragung zeigte sich, dass Kirchen- bzw. Religionsgemeinschaften das bekannteste Angebot sind und auch am intensivsten genutzt werden. In der folgenden Tabelle ist nur die Nutzung der Angebote dargestellt. Mit Ausnahme der Familienbildungsstätten werden alle abgefragten Angebote von Befragten mit Behinderungen zu einem höheren Prozentsatz genutzt als von Befragten ohne Behinderungen.

Grafik 11: „In München gibt es viele Stellen, bei denen Sie Unterstützung erhalten können. Welche dieser Stellen kennen Sie? Welche dieser Stellen nutzen Sie?“ (Nur „nutze ich“)



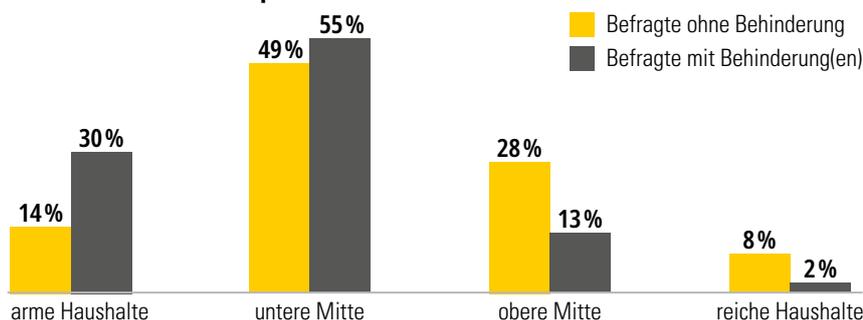
In Bezug auf die Bekanntheit liegen bei den Menschen mit Behinderungen das Jobcenter und die Religionsgemeinschaften mit über 75 % an der Spitze. Tafeln, Wohnungsamt, Angebote für ältere Menschen und Sozialbürgerhäuser erreichen Bekanntheitsquoten zwischen 60 und 70 %. Die anderen Dienste sind bei zwischen 40 und 50 % der Befragten mit Behinderungen bekannt, bis auf die Migrationsdienste und Bildungslokale, die nur rund 20 % kennen.

Wirtschaftliche Situation

Insgesamt zeigt sich eine deutliche Schlechterstellung von Befragten mit Behinderungen in Hinblick auf die Einkommenssituation der Haushalte, in denen sie leben: Während 30% der Befragten mit Behinderungen in armen¹⁾ und nur 2 % von ihnen in reichen Haushalten leben, sind dies bei den Befragten ohne Behinderungen nur 14 % in armen und immerhin 8 % in reichen Haushalten.

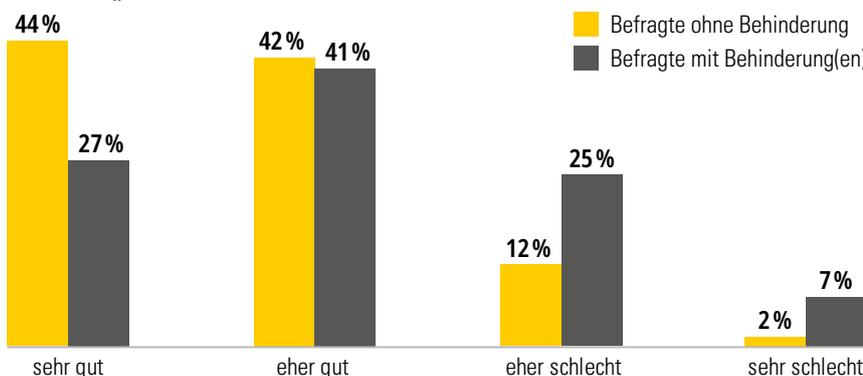
¹⁾ Arme Haushalte verfügen über ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 % des Einkommensmedians, Haushalte der unteren Mitte über 60 % bis unter 120 %, der oberen Mitte 120 % bis unter 200 % und reiche Haushalte über mehr als 200 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens. Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und die Haushaltszusammensetzung vergleichbar zu machen, werden die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in sogenannten „Nettoäquivalenzeinkommen“ berechnet. Mithilfe einer Äquivalenzskala (hier nach der OECD-Skala) werden die Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet, da der finanzielle Bedarf in Mehrpersonenhaushalten aufgrund gemeinsamer Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten nicht proportional mit der Anzahl der Personen steigt. Mit dieser sogenannten „modifizierten“ OECD-Skala wird jeder ersten Person im Haushalt ein Bedarfsgewicht von 1, jedem zweiten Erwachsenen und Jugendlichen ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet.

Grafik 12: Einkommensposition des Haushaltes



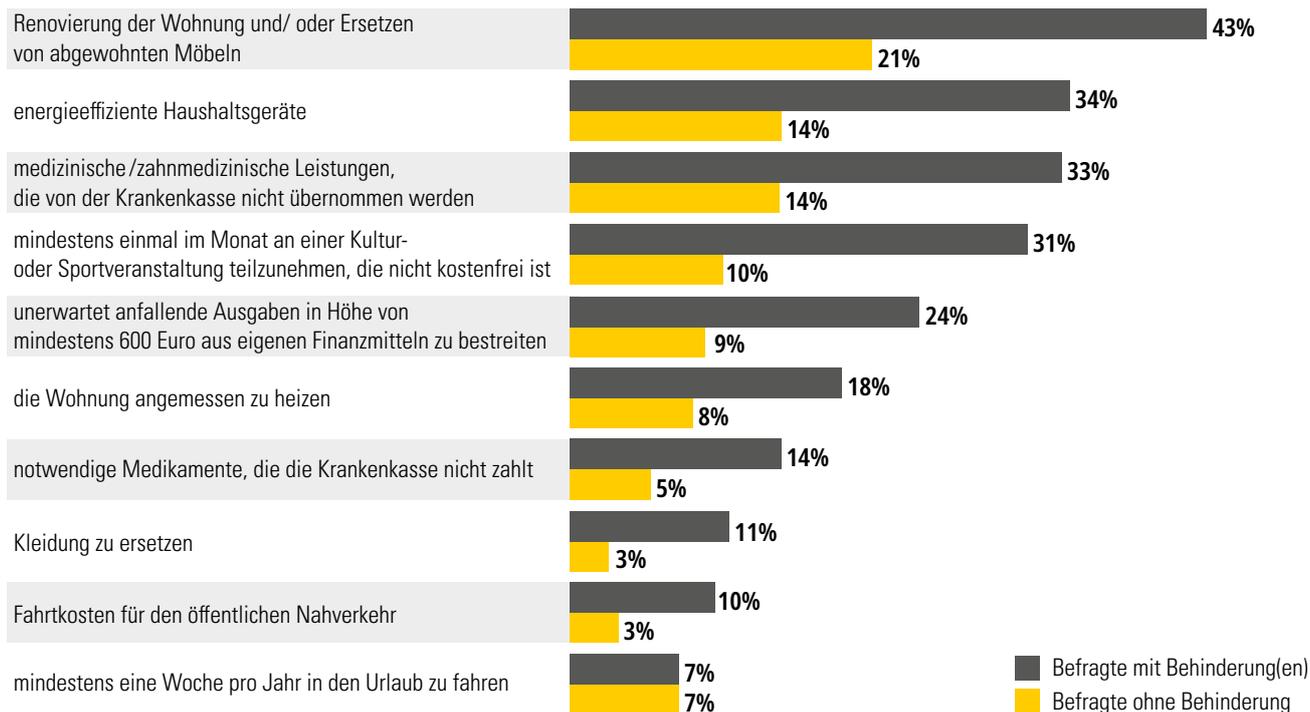
Entsprechend geben deutlich mehr Befragte mit Behinderungen an, dass ihr Haushalt nur eher schlecht (25 %) bis sehr schlecht (7 %) mit dem vorhandenen Einkommen zurechtkommt, während es bei den nichtbehinderten Befragten 12 % (schlecht) und 2 % (sehr schlecht) sind.

Grafik 13: „Wie kommt der Haushalt mit dem vorhandenen Einkommen zurecht?“



Bei genauerer Betrachtung, was der Haushalt sich aus derzeitiger Sicht (nicht) leisten könnte, gibt bei allen abgefragten Items ein deutlich höherer Anteil der Befragten mit Behinderungen an, sich die verschiedenen Ausgaben nicht leisten zu können, als von den Befragten ohne Behinderungen. Besonders gravierend ist der Unterschied bei den medizinischen oder zahnmedizinischen Leistungen, die von der Krankenkasse nicht übernommen werden – insbesondere im Hinblick auf den anzunehmend deutlich höheren Bedarf bei Menschen mit Behinderungen.

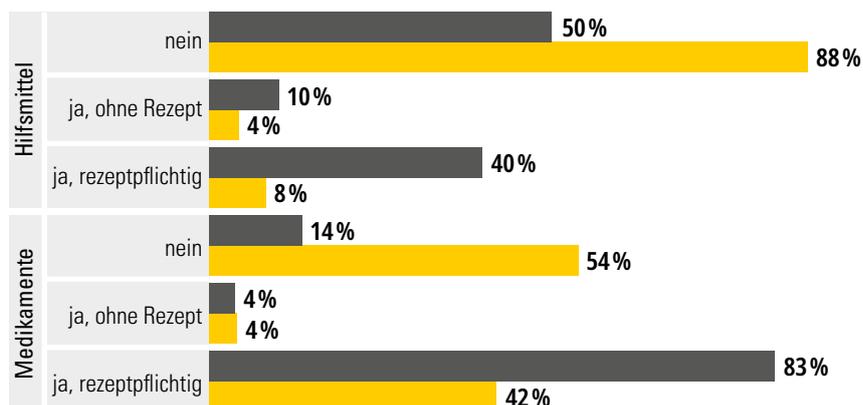
Grafik 14: „Was könnte sich der Haushalt aus derzeitiger Sicht finanziell leisten? Hier nur: kann der Haushalt sich nicht leisten“



Gesundheit

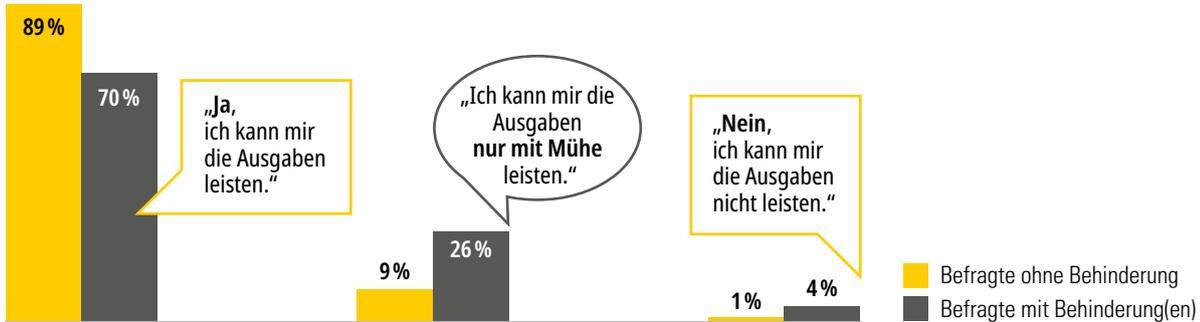
Die Hälfte der Befragten mit Behinderungen, aber nur 12 % derer ohne Behinderungen geben an, immer Hilfsmittel zu brauchen. Zudem benötigen 87 % der Befragten mit und 46 % der Befragten ohne Behinderungen ständig Medikamente.

Grafik 15: „Brauchen Sie immer Medikamente oder Hilfsmittel“ (Hörgerät, Rollator usw.)?



Dass fast ein Drittel der Befragten mit Behinderungen die ständig benötigten Medikamente oder Hilfsmittel nur mit Mühe oder sogar gar nicht leisten können, zeigt deutlich die prekäre Situation, in der diese leben.

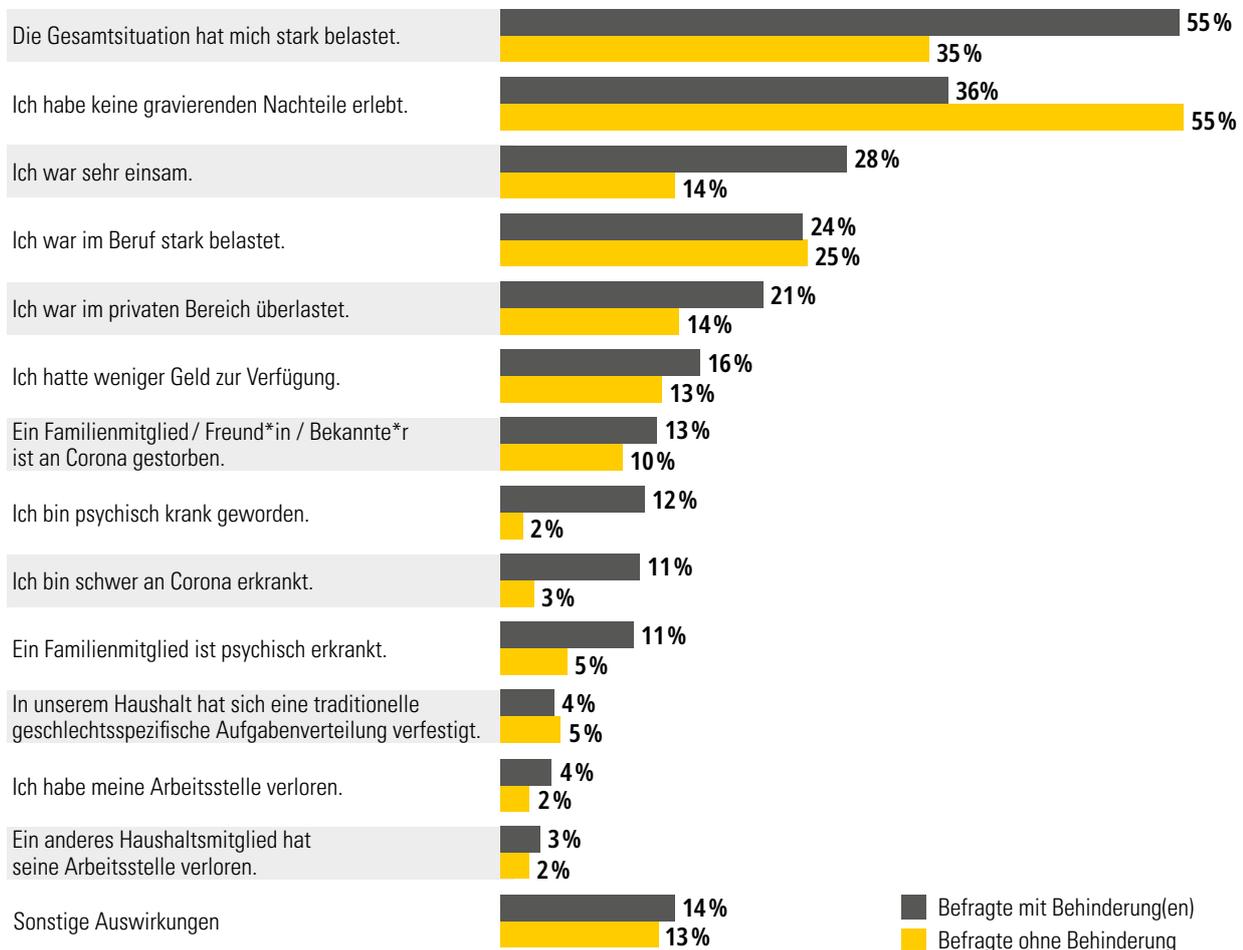
Grafik 16: Wenn „ja“: „Können Sie sich die Ausgaben leisten?“



Covid19

Die letzten Jahre waren geprägt von der Covid19-Pandemie und ihren Auswirkungen. Daher wurde in der Befragung auch hierauf eingegangen. Auch hier zeigt sich eine deutlich höhere Belastung von Befragten mit Behinderungen: 55% von ihnen (im Vergleich zu 35% der Befragten ohne Behinderungen) geben an, die Gesamtsituation habe sie stark belastet. Auch fühlten sich doppelt so viele von ihnen (28%) während der Pandemie sehr einsam wie Befragte ohne Behinderungen (14%).

Grafik 17: „Wie hat sich die Corona-Pandemie auf Ihr Leben ausgewirkt?“



Auch nach Ende der Pandemie wirkt sich Corona auf das Leben eines großen Teils (42 %) der Befragten aus: Insbesondere in Beruf und Familie wirkt Corona nach. Dabei werden Auswirkungen in der Familie vor allem von Frauen angegeben (10 % aller Frauen im Vergleich zu 6 % bei den Männern).

Menschen mit Behinderungen geben nur zu 45 % an, keine langfristigen Auswirkungen der Pandemie zu erleben. Auf die Frage: „Wirkt sich die Pandemie bis heute auf Ihr Leben aus?“ beklagen über 20 % langfristige gesundheitliche Einschränkungen, bei den anderen Befragten sind es 2 %.

Einstellungen

In der Öffentlichkeit wird seit Jahren kontrovers über die Unterstützung von sozial marginalisierten Personengruppen diskutiert. Das betrifft in erster Linie geflüchtete Menschen und in der Folge auch andere Zuwandernde.

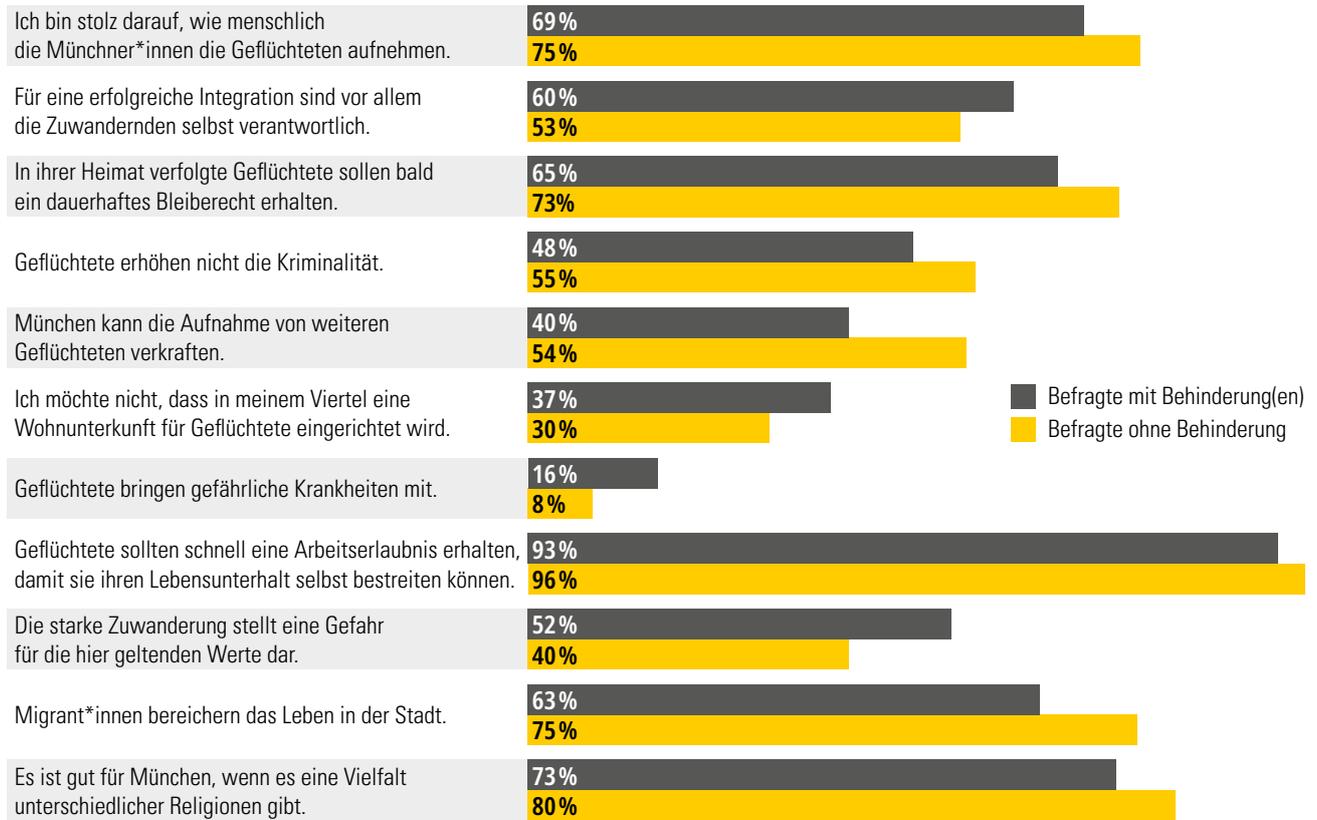
Gegenüber neu Zuwandernden zeigt sich in der Befragung überwiegend eine tolerante Haltung, wobei Menschen mit Behinderungen in vielen Punkten skeptischer sind. 82 % der Befragten ohne und 73 % der Befragten mit Behinderungen finden, dass eine Vielfalt von Religionen gut für München ist. 75 % der Befragten mit und 63 % der Befragten ohne Behinderungen stimmen der Aussage zu, dass Migrant*innen das Leben in der Stadt bereichern. Gleichzeitig hält ein Großteil der Befragten mit Behinderungen (60 %) Zuwanderer für eine erfolgreiche Integration selbst verantwortlich; von den Befragten ohne Behinderungen tun dies 53 %. 52 % der Befragten mit Behinderungen stimmen der Aussage zu, die starke Zuwanderung stelle eine Gefahr für die hier geltenden Werte dar, während dies nur 40 % der Befragten ohne Behinderungen tun.

Zwar stimmen 69 % der Befragten mit und 75 % derer ohne Behinderungen der Aussage zu, sie wären stolz, wie die Münchner*innen die Geflüchteten aufgenommen haben, gleichzeitig sind aber nur 40 % der Befragten mit und 54 % der Befragten ohne Behinderungen der Meinung, München könne die Aufnahme weiterer Geflüchteter verkraften. Bei den Themen Kriminalität und Werte kommen insbesondere bei Befragten mit Behinderungen Bedenken und/oder Ängste zum Ausdruck: Fast die Hälfte von ihnen stimmt der Aussage, Geflüchtete würden die Kriminalität nicht erhöhen, nicht zu; von den Befragten ohne Behinderungen tut dies mehr als die Hälfte.

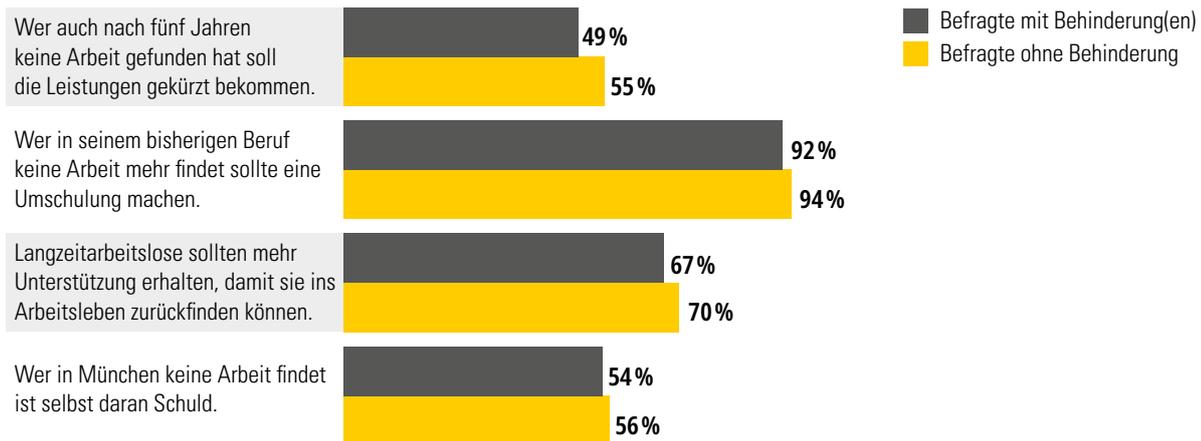
Über die Unterstützung von langzeitarbeitslosen Menschen wird ebenfalls politisch kontrovers diskutiert. Den Befragten wurden vier verschiedene Aussagen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit vorgelegt, denen sie zustimmen bzw. die sie ablehnen konnten.

Die Mehrheit der Befragten befürwortet die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen bei ihrer beruflichen Wiedereingliederung. Allerdings sieht über die Hälfte der Befragten vor dem Hintergrund des guten Münchner Arbeitsmarktes die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen. Ähnlich viele sprechen sich für Leistungskürzungen bei langanhaltender Arbeitslosigkeit aus. In Bezug auf die Einstellungen gegenüber Arbeitslosen unterscheiden sich Befragte mit und ohne Behinderungen nur leicht. Lediglich bei der Aussage, wer nach fünf Jahren keine Arbeit gefunden hat, soll die Leistungen gekürzt bekommen, zeigt sich ein nennenswerter Unterschied – dieser Aussage stimmen insbesondere Befragte mit Behinderungen im erwerbsfähigen Alter deutlich weniger zu.

Grafik 18: „Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu, die man gelegentlich hört?“
(Antworten stimme ganz und gar oder stimme etwas zu)



Grafik 19: „Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu, die man gelegentlich hört?“
(Antworten stimme ganz und gar oder stimme etwas zu)



Fazit und Ausblick

Die Befragung zur sozialen Lage bietet, ähnlich wie die Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung von 2021, wichtige Erkenntnisse zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Diese sind in fast allen von der Befragung erfassten Bereichen schlechter gestellt als Befragte ohne Behinderungen. Es zeigt sich deutlich, dass hier noch ein großer Handlungsbedarf besteht. Das betrifft vor allem die wirtschaftliche Lage und gesundheitliche Versorgung, die von der Landeshauptstadt München aufgrund ihrer Zuständigkeiten nur wenig verbessert werden kann. Es ist erschreckend, wie schlecht es um das Recht auf Gesundheit (Artikel 25 der UN-BRK) und angemessenen Lebensstandard (Art. 28 UN-BRK) bestellt ist.

Einflussmöglichkeiten der Stadt bestehen aber in Bereichen wie dem sozialen Netz, der gesellschaftlichen Teilhabe in der Freizeit oder der Unterstützung durch städtische und städtisch finanzierte Stellen. Hier ist konsequent auf die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für Menschen mit Behinderungen zu achten.

Da ein Viertel der städtischen Bevölkerung im Alter von über 50 Jahren von Behinderungen im Alltag betroffen ist, muss der Zusammenhang von Alter und Behinderungen noch stärker untersucht werden und die Angebote und Einrichtungen der Altenarbeit müssen darauf reagieren. Hier ist nicht nur auf Unterstützung und Versorgung, sondern besonders auch auf Empowerment zu achten, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert.

Für eine genauere Untersuchung der Lebenssituation jüngerer Menschen mit Behinderungen (16 bis 34 Jahre) reichen die Daten nicht aus. Nur 57 weibliche und 36 männliche Befragte gehörten zu dieser Gruppe. Deswegen ist es wichtig, die Ergebnisse der Jugendbefragung in das Monitoring zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einzubeziehen.

Interessant wären auch regionale Daten für einzelne Stadtbezirke. Auch hier reicht die Zahl der Befragten nicht aus. Das ist leider auch für kommende Befragungen nicht zu erwarten. Vor Ort ist es daher wichtig, die Teilhabehemmnisse durch qualitative Befragungen und Gespräche festzustellen.